



Landkreis Hameln-Pyrmont
Süntelstraße 9
31785 Hameln

aconium GmbH
Invalidenstraße 91
10115 Berlin

Tel. +49 (0)30 2332 49 - 777
Fax +49 (0)30 2332 49 - 778

projektraeger@aconium.eu
www.aconium.eu

22.04.2025

ZUWENDUNGSBESCHEID

Zuwendungen des Bundes für eine Beratungsleistung nach Nr. 3.3 der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ (Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 vom 31.03.2023 in der Fassung vom 13.01.2025)

Bezug: Ihr Antrag vom 27.03.2025, zugegangen am 09.04.2025

Aktenzeichen: 832.6/10-25 05NI100078

**Gebietskörperschaft der antragstellenden Organisation
(Regionalschlüssel):** 032520000000

**Von der Maßnahme betroffene Gebietskörperschaften
(Regionalschlüssel):** 032520005005

Anlage

- Vordruck Empfangsbestätigung und Formular „Rechtsbehelfsverzicht“

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren oben genannten Antrag hin bewillige ich Ihnen als nach § 44 Abs. 3 Bundeshaushaltsordnung (BHO) beliehener Projektträger für die Durchführung des Bundesförderprogrammes zur Unterstützung des Gigabitausbaus in Deutschland im Auftrag und aus Mitteln des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr auf der Grundlage

- der Gigabit-Richtlinie 2.0,
- der Gigabit-Rahmenregelung und
- der BHO, insbesondere der §§ 23 und 44 BHO samt den zu ihnen erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV),

für den Zeitraum

vom **22.04.2025** bis zum **21.04.2027**

(Bewilligungszeitraum)

höchstens jedoch in Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben (Vollfinanzierung) für die Inanspruchnahme von externen Beratungsleistungen

50.000,00 Euro

(Betrag in Worten: fünfzigtausend Euro)

im Sinne der Nr. 3.3 der Gigabit-Richtlinie 2.0.

Zur Qualitätssicherung der geförderten Maßnahmen nach Nr. 3.1. und 3.2. der Gigabit-Richtlinie 2.0 werden notwendige Ausgaben des Zuwendungsempfängers für die Beauftragung externer Beratungsleistungen gefördert, die der Vorbereitung und der Durchführung eines Infrastrukturvorhabens gemäß der Gigabit-Richtlinie 2.0 dienen. Im Sinne des Förderaufrufes vom 15.04.2024 fallen hierunter Beratungsleistungen, die den Zweck verfolgen, unter Berücksichtigung privatwirtschaftlicher Ausbaumaßnahmen tatsächliche Förderbedarfe zu ermitteln und die notwendige Projektförderung nach Nr. 3.1 oder Nr. 3.2 der Gigabit-Richtlinie 2.0 umzusetzen.

Dient die Beratung der Realisierung des geförderten Vorhabens, sind Art und Umfang der Unterstützungsleistung umfassend zu dokumentieren und nachzuweisen. Vor Auszahlung der Mittel wird geprüft, ob die im Bewilligungsbescheid und seinen Nebenbestimmungen enthaltenen Anforderungen an die Leistungen eingehalten und die übernommenen Pflichten vollständig erfüllt worden sind.

Die Zuwendung ist zweckgebunden und darf ausschließlich für die beantragten Beratungsleistungen für ein Ausbauprojekt auf dem Gebiet des Zuwendungsempfängers verwendet werden. Die Zuwendung darf grundsätzlich nicht für Beratungsleistungen anderer Antragsteller (gebietsübergreifende Projekte) verwendet werden.

Die BNBest-Beratung auf dem Stand vom 31.03.2023 und die ANBest-Gk sind nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen Bestandteil dieses Bescheides. Die Nebenbestimmungen stehen auf der Website des Projektträgers im [Downloadbereich](#) zur Verfügung.

Nicht gefördert werden Vorhaben und Beratungsleistungen, die vor Bewilligung des Förderantrages durch die Bewilligungsbehörde bereits begonnen wurden. Maßnahmebeginn ist der Abschluss eines Vertrags des Zuwendungsempfängers mit dem Beratungsunternehmen.

Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Die Zuwendung darf ausschließlich für tatsächliche Ausgaben verwendet werden, die im Bewilligungszeitraum für beantragte Beratungsleistungen verursacht und in Rechnung gestellt werden.

1. Besondere Hinweise

- 1.1. Eine Förderung von Leistungen kann nur einmalig in Anspruch genommen werden.
- 1.2. Die Zuwendung wird nach Bestandskraft des Bescheides und nach erfolgter Prüfung des Verwendungsnachweises ausgezahlt. Die Bereitstellung der Zuwendung erfolgt im Wege des Anforderungsverfahrens unter Beachtung des Erstattungsprinzips (Nr. 1.1 BNBest-Beratung). Auszahlungen für abgeschlossene Teilleistungen können bis zur Einreichung des Verwendungsnachweises angefordert werden. Sowohl für Teilauszahlungen als auch für den Verwendungsnachweis sind alle Rechnungen und Zahlungsnachweise sowie eine Dokumentation der abgeschlossenen (Teil-)Leistungen vorzulegen. Ein Vordruck „Verwendungsnachweis / Zahlungsanforderung“ wird auf der Onlineplattform zur Verfügung gestellt. Auf die BNBest-Beratung wird verwiesen.
- 1.3. Ergänzende Informationen zur Gigabit-Richtlinie 2.0 sowie zu Musterdokumenten sind im Downloadbereich veröffentlicht.

2. Weitere Nebenbestimmungen

- 2.1. Die Beratungsleistungen sind projektspezifisch zu erbringen und zu dokumentieren.
- 2.2. Die Bewilligung steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der veranschlagten Haushaltsmittel (Widerrufsvorbehalt nach § 36 Abs. 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 49 Abs. 2 Nr. 1 VwVfG).
- 2.3. Abweichend von Nr. 6.1 ANBest-Gk/P und entsprechend Nr. 3.1 BNBest-Beratung ist die Verwendung der Zuwendung innerhalb von drei Monaten nach Erfüllung des Verwendungszwecks, spätestens jedoch drei Monate nach Ablauf des Bewilligungszeitraums der Bewilligungsbehörde nachzuweisen (Verwendungsnachweis).
- 2.4. Der Berater hat seine Unabhängigkeit und Neutralität zu versichern. Um eine hohe Qualität der Beratungsleistungen zu gewährleisten, ist die Qualifikation der Berater anhand einer Auflistung einschlägiger Referenzen oder anhand von Schulungsnachweisen auf dem Gebiet des Zuwendungsrechts oder zu Grundlagen des Breitbandausbaus zu belegen. Muster für die Unabhängigkeitserklärung des beauftragten Beratungsunternehmens sowie zur Referenzliste werden auf Onlineplattform zum Download bereitgestellt. Die notwendige Fachkunde des Beraters wird mir entweder durch Vorlage von Referenzen oder durch die Vorlage entsprechender Schulungsnachweise des Beraters nachgewiesen:
 - Die Fachkunde ist dabei personengebunden nachzuweisen, d. h. die in die Beratungsleistung involvierten Mitarbeiter des Beratungsunternehmens haben mir die entsprechenden Nachweise vorzulegen.
 - Der Berater kann zum Nachweis seiner Fachkunde zum einen vergleichbare Referenzen über früher ausgeführte Beratungs- oder Planungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten höchstens fünf Jahren erbrachten wesentlichen Beratungs- oder Planungsleistungen mit Angabe des Wertes, des Erbringungszeitraums sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers vorlegen.

- Alternativ kann der Berater zum Nachweis seiner Fachkunde entsprechende Schulungsnachweise vorlegen. Es sind mindestens drei einschlägige Referenzen und/oder Schulungen vorzulegen.
 - Der Zuwendungsempfänger ist aufgefordert, innerhalb von einem Jahr nach Bekanntgabe dieses Zuwendungsbescheides die geforderte Unabhängigkeitserklärung sowie entsprechende Qualifikationsnachweise mir zum Nachweis der Fachkunde vorzulegen. Hierbei handelt es sich um eine mit der Bewilligung verbundene Auflage im Sinne des § 36 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG. Im Falle der Nichteinhaltung dieser Auflage kann der Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise auch mit Wirkung für die Vergangenheit aufgehoben werden.
- 2.5. Die Zuwendung darf gemäß § 8a Haushaltsgesetz 2024 nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und nicht an Empfänger gewährt werden, die terroristische Vereinigungen sind oder terroristische Vereinigungen unterstützen. Hierzu ist die mit diesem Bescheid an Sie ergangene Eigenerklärung spätestens mit Einreichung des Verwendungsnachweises bei der Bewilligungsbehörde unterzeichnet vorzulegen.
- 2.6. Die Originalbelege über die Einzelzahlungen und die Verträge über die Vergabe von Aufträgen sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen sind für fünf Jahre nach Ende des Bewilligungszeitraumes aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist. Die Aufbewahrung muss den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung oder einer in der öffentlichen Verwaltung allgemein zugelassenen Regelung entsprechen.
- 2.7. Die in Ihrem Antrag enthaltenen Angaben sind subventionserhebliche Tatsachen nach § 264 Strafgesetzbuch (StGB) in Verbindung mit § 2 Subventionsgesetz (SubvG) vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2034, 2037). Nach § 3 des SubvG sind Sie verpflichtet, mir umgehend alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Besondere Offenbarungspflichten bleiben unberührt.
- 2.8. Der Eingang dieses Zuwendungsbescheides ist mir mit der beigefügten Empfangsbestätigung zu bestätigen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats ab Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei dem vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr gemäß § 44 Abs. 3 BHO beliebigen Projektträger

aconium GmbH
Invalidenstraße 91
10115 Berlin

zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Bernward Zacharias